

KARL-HEINZ GRÄFE

Prager Frühling 1968: letzter sozialistischer Erneuerungsversuch?

Der erste komplexe Erneuerungsversuch des Staatssozialismus in der Tschechoslowakei zwischen Januar und August 1968 ist sowohl Teil des globalen Aufbruchs als auch Höhepunkt des Reformkommunismus, also der möglichen Transformation des seit 1917 entstandenen sowjetischen Sozialismustyps in eine demokratische, emanzipatorische, ökonomisch effiziente, sozial ausgeglichene, solidarische, den nationalen Bedingungen und Interessen entsprechende sozialistische Gesellschaft. Als europäische Erscheinung war der Reformkommunismus im 20. Jahrhundert eine Alternative zur Welt des Kapitals und zum Sowjetsystem stalinistischen Typs.¹ Heute wissen wir, dass eine reformkommunistische Transformation eine bedingte Alternative war. Mehrere Anläufe in dieser Richtung im westlichen Randgebiet des sowjetischen Imperiums zwischen 1953 und 1968 haben Historiker in fundierten Einzeluntersuchungen die Krisen- und Reformjahre 1953 (DDR, Tschechoslowakei, Ungarn) und 1956 (Ungarn, Polen) sowie die Geschichte des letzten komplexen Reformversuches in der Tschechoslowakei 1968² analysiert und rekonstruiert.

Die lange Vorgeschichte

Mit dem Ableben des Herrschers des sowjetischen Imperiums im Jahre 1953 war der Staatssozialismus sowjetischen Typs in der UdSSR, in mitteleuropäischen Staaten Tschechoslowakei, DDR, Polen und Ungarn bereits an seine Grenzen gestoßen, politisch wie ökonomisch in die Sackgasse geraten. Zeichen dafür waren die Aufstände im sowjetischen Archipel-Gulag, der 17. Juni 1953 in der DDR und zeitgleiche Ereignisse in der Tschechoslowakei (Plzen, Prag, Ostrava) und Ungarn.³ *Der darauf hin von Moskau initiierte sogenannte Neue Kurs beinhaltete keinen Systemwechsel, aber er befreite den Staatssozialismus vorerst von den selbstzerstörerischen Elementen wie dem Massenterror und korrigierte das kriegskommunistische Wirtschaftssystem durch eine stärkere sozialpolitische Komponente.*

In der Tschechoslowakei brachte der auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik begrenzte Kurswechsel seit dem 26. Juni 1953 nur einen zeitweiligen Konsens zwischen Volk und Regierenden. Die Erweiterung der Nahrungsmittel- und Konsumgüterproduktion, die Förderung des staatlichen Wohnungsbaus und die regelmäßigen Preissenkungen führten zur spürbaren Anhebung der materiellen Lebensbedingungen. Die Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhält-

Karl-Heinz Gräfe – Jg. 1938, Historiker, Prof. Dr., Arbeitsgebiete: Geschichte der UdSSR und Osteuropas. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Von der Asterrevolution zur Räterepublik. Ungarn 1918/19, Heft 168 (Oktober 2004).

1 Vgl. dazu Karl-Heinz Gräfe: Reformkommunismus in Osteuropa, in: Bruno Groppo, Winfried R. Garscha und Christine Schindler (Hrsg.): Die Arbeiterbewegung – ein gescheitertes Projekt der Moderne?, 35. Linzer Konferenz 1999, Leipzig 1999, S. 128-158.; Ders.: Reformkommunisten der 50er und 60er Jahre, in: Diskurs. Streitschrift zur Geschichte und Politik des Sozialismus, Leipzig 1999, Heft 4, S. 3-23.

2 Siehe die Literaturübersicht am Ende des Beitrages.

3 Vgl. Karl-Heinz Gräfe: 1953. Die Krise des Imperiums und der »Neue Kurs« in Osteuropa, in: UTOPIE kreativ, Heft 152, Berlin 2003, S.493-505.

4 Antonín Novotný (1904-1975) war Arbeiter und seit 1921 Mitglied der KP. Während der deutschen Okkupation arbeitete er im Widerstand und war zwischen 1941 und 1943 im KZ Mauthausen inhaftiert. 1945-1951 wurde N. leitender Sekretär des Bezirksausschusses Prag und seit 1951 Sekretär des ZK der KPČ. Nach dem Tode von Partei- und Staatschef Klement Gottwald am 14. März 1953 entstand ähnlich wie in der UdSSR auch in der ČSR eine sogenannte kollektive Führung: Das Amt des Staatspräsidenten erhielt Antonín Zápotocký, Viliam Široký übernahm die Regierung und A. Novotný wurde Parteichef. 1957 bis März 1968 war er zudem noch Staatspräsident.

5 Vgl. Regierungserklärung von Viliam Široký in der Nationalversammlung vom 15. September, in: Rude Pravo, vom 16. September 1953.

6 Vgl. Karel Kaplan: Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954, München 1986.

7 Vgl. M. Püschel: Ein Schuss vor dem Bug, in: Neues Deutschland vom 22./23. März 2008.

8 Zdenek Mlynar: Die Vorstellungen der KPČ im Jahre 1968 zur Entwicklung des sozialistischen Systems,

nisse war für den neuen Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPČ) Antonín Novotný (1904-1975)⁴ kein Anlass, das politische System zu reformieren, Emanzipation und Machtpartizipation der Bevölkerung zu vergrößern. Ansätze einer von Staatspräsident Antonín Zápotocký geforderten politischen Reform (Revision der politischen Prozesse, Rehabilitierung der politisch Verfolgten, Beendigung der diktatorischen Methoden der Parteiführung) kamen erst gar nicht auf die Agenda.⁵ Da es vorerst auch von Moskau keinen Druck auf Prag gab, konnte A. Novotný die bisherige Repressionspolitik seines Vorgängers fortführen. Erinnert sei an die nahtlose Weiterführung der Schauprozesse bis 1954 gegen Mitarbeiter des Außenministeriums (Eduard Goldstücker), des Staatssicherheitsdienstes (Osvald Zavodovsky), der Wirtschaft (Jozef Smrkovský) sowie gegen slowakische Kommunisten (Maria Švermova, Gustáv Husák) oder ehemalige Sozialdemokraten (Bohumil Laušmann).⁶ Das am 1. Mai 1955 eingeweihte Stalindenkmäl war Zeichen dieser Politik.

Reform und Repression unter Novotný bis 1967

Worin bestand das Neue im Herangehen bei der Erneuerung des Sozialismus in der Tschechoslowakei im Jahre 1968? Die politische Veränderung an der Machtspitze der KPČ seit Januar 1968 als Führungswechsel vom »drögen Antonin Novotný zum Strahlemann Alexander Dubček«⁷ zu kennzeichnen, geht an der Dimension des Ereignis vor 40 Jahren völlig vorbei. Die anderthalb Jahrzehnte nach Stalins und Gottwalds Tod im März 1953 sind mit solchen Schlagworten nicht zu erfassen.

Das Novotný-Regime wurde erst mit der sich anbahnenden ökonomischen und politischen Krise in den 60er Jahren janusköpfiger. Zdeněk Mlynář, der seit 1964 am Reformkonzept zur politischen Organisation des Sozialismus mitwirkte, beurteilt diese Veränderungen so: »Die Jahre 1956 bis 1967 – insbesondere die Jahre 1963-1967 – kann man nicht als eine Zeit des Stalinismus betrachten. Innerhalb der KPČ, des Staatsapparates und im Kulturleben entwickelten sich Reformtendenzen. Vor allem 1963 haben die Konzeptionen, die dann im Reformprogramm des Prager Frühlings mündeten, breite Entwicklungsmöglichkeiten. Die Führung der KPČ mit Novotný an der Spitze will natürlich nicht, dass die Reform ihr Monopol der Macht bedroht. Trotzdem erlaubt sie die Vorbereitung für die Reform; in deren Verlauf werden notwendigerweise Konzeptionen geboren, die die Absicht der Parteiführung überschreiten. Das Jahr 1968 ist also Ausdruck der relativ liberalen Methoden der letzten Jahre der Diktaturregierung, repräsentiert durch A. Novotný.«⁸

Die Tschechoslowakei war in Osteuropa das Land mit der am weitesten entwickelte Industrie, Landwirtschaft und Kultur. Es belegte Platz 10 unter den Industriemächten Europas und besaß in der Zwischenkriegszeit zudem als einziges osteuropäisches Land eine funktionierende parlamentarische Demokratie. Die KPČ war eine einflussreiche Volkspartei und erreichte in den freien Wahlen 1946 40 Prozent der Wählerstimmen und wurde Regierungspartei. Es gab im Unterschied zu Polen, Ungarn oder Ostdeutschland kaum antirussische oder antisowjetische Grundstimmungen. In diesem Land begannen seit Anfang der 60er Jahre beachtliche Reformen:

Erstens: Das interdisziplinäres Forschungsteam des Philosophen und Futurologen Ratovan Richta (1924-1983) unter dem Schirm des ZK-Sekretärs Jiří Hendrych (1913-1979) untersuchte ein *neues Phänomen jener Zeit – die wissenschaftlich-technische Revolution*. Auf dem 13. Parteitag der KPČ 1966 lag ein Dokument vor, das die *neue Etappe in der Produktivkräftenwicklung* analysierte und daraus für die Weiterentwicklung der Gesellschaft neue Aufgaben bestimmte. Die kommunistische Zukunftsvision, die Chruschtschow im Parteiprogramm der KPdSU (Oktober 1961) populistisch aller Welt kundtat, ermöglichte Philosophen, Ökonomen, Soziologen und Politologen, »das gesamte gesellschaftliche und politische System kritisch vom Standpunkt aus zu analysieren, in welchem Maße es den künftigen Bedürfnissen der Gesellschaft, die kommunistisch genannt werden könnte, entspricht oder nicht«⁹. Das betraf u. a. auch die These, dass der Kommunismus ohne Wissenschaft oder ohne eine relativ selbstständige sozialistische Gesellschaftsformation nicht realisierbar sei. Aus der langfristigen kommunistischen Vision war daher alles zu überwinden, was der wissenschaftlich-technischen Revolution entgegenstand. Der Richta-Report stellt daher die kardinale Forderung, »dass die neue Gesellschaft ohne die wissenschaftlich-technische Revolution unausweichlich untergehen müsste – ohne Rücksicht auf schöne Wünsche, festen Willen und die besten Absichten«.¹⁰

Zweitens: Die ČSSR war neben der DDR das Land, das aus historischen Gründen zuerst auf die Grenzen der extensiven Wirtschaftsentwicklung und des zentralistischen Planungssystem des Staatssozialismus sowjetischen Typs stieß. Als die ökonomischen Wachstumsraten der 50er Jahre von fast zehn Prozent im Jahre 1963 auf zwei Prozent zurückfielen, begriff der wachsame A. Novotny die politischen Folgen. Die vom ZK-Sekretärs Dragomir Kolder (1925-1972) 1962 eingesetzte Arbeitsgruppe unter Leitung des Direktors des Ökonomischen Instituts an der Akademie der Wissenschaften Prag Ota Šik (1919-2004)¹¹ erarbeitet ein neues System der Leitung der Volkswirtschaft, das der 13. Parteitag der KČS 1966 für den anstehenden Fünfjahrplan beschloss. Versucht wurde, *mit allgemeinen makroökonomischen Orientierungsplänen und marktpolitischen Instrumenten die dirigistische Planwirtschaft in eine effiziente sozialistische Marktwirtschaft umzubauen* (Übergang zu Marktpreisen und Gewinn, mehr Selbständigkeit und Wettbewerb der sozialistischen Unternehmen, die Selbstverwaltung in den Betrieben durch Räte der Werktätigen).

Drittens: Die bisherigen Reformen waren weitgehend auf die Wirtschaft beschränkt und berührten kaum den politischen Überbau. Kommunistische Intellektuelle brachten eine Reihe programmatischer Überlegungen zur *geistig-kulturellen Erneuerung des Sozialismus* in die Öffentlichkeit. Der Germanistikprofessor und spätere Vorsitzende des Schriftstellerverbandes (1967) Eduard Goldstücker (1913-2000) organisierte 1963 eine internationale Konferenz über das Erbe des Schriftstellers Franz Kafka. Sie löste eine öffentliche Debatte über die *Überwindung der Entfremdung des Menschen von Macht und Eigentum* aus – eine Aufgabe, die sowohl im Kapitalismus als auch im Realsozialismus auf der Tagesordnung stand. Die

in: T. Bergmann und M. Keßler (Hrsg.): *Ketzer im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus*, Mainz 1993, S. 341.

9 Radovan Richta und Kollektiv (Hrsg.): *Der Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts*. Die Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Produktionsverhältnisse. Frankfurt/M. 1993, S. 253.

10 Zdeněk Mlynář: *Die Vorstellungen*, S. 142.

11 Ota Šik (1919-2004) wurde wegen antifaschistischer Widerstandstätigkeit 1940-1945 im KZ Mauthausen inhaftiert. Nach 1945 studierte er Wirtschaftswissenschaften und wurde 1961 Direktor des Ökonomischen Instituts an der Akademie der Wissenschaften. Als ZK-Mitglied (1962-1969) leitete seit 1964 eine Staats- und Parteikommission für die Wirtschaftsreform. Von April bis September 1968 war er stellvertretender Regierungschef und Koordinator der Wirtschaftsreformen. Nach Enthebung von allen Funktionen und Ausschluss aus der Partei emigrierte er in die Schweiz und wurde 1970 Professor für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität St. Gallen.

12 Zitiert nach: E. Goldstücker, in: Neues Deutschland vom 10. August 1998, S. 13.

13 Zitiert nach: Hanswilhelm Haefs: Die Ereignisse in der Tschechoslowakei, S. 9.

14 Vgl. Z. Mlynár: Nachtfrost: Das Ende des Prager Frühlings, Frankfurt/M. 1988, S. 325-341.

15 Ebenda, S. 82 und 89.

Konferenz in Liblice bewirkte »einen Durchbruch in der Kultur im engen und weiten Sinne: Und nicht nur Kafka wurde von den Fesseln der Zensur befreit, sondern die gesamte avantgardistische Kunst der 20er und 30er Jahre. Es wurden geistige Horizonte eröffnet«. ¹² Die Zusammenhänge von Individuum und Macht, Demokratie und Sozialismus waren Gegenstand der Medien. Auf dem Schriftstellerkongress 1967 forderte Antonin Liehm, dass die Kultur im Sozialismus nicht nur von der Diktatur der Macht, sondern auch von der des Marktes befreit sein muss, denn letztere sei nur »das Diktat des verspäteten Geschmacks, des Durchschnitts, des Konsums, das Diktat dessen, was die Gesellschaft schon verdaut, akzeptiert hat«. Die absolute Freiheit der Kultur dürfe »von nichts anderem als dem Strafgesetz eingeschränkt werden«. Der sozialistische Staat müsse alles tun, »damit die Kultur des Volkes in allen ihren Aspekten zum Allgemeingut der breitesten Schichten des Volkes wird«. ¹³ Dadurch werde der Widerspruch zwischen der Kultur und ihren Konsumenten überwunden.

Viertens: Unter Regie des ZK-Sekretärs Vladimír Koucky (1920-1979) erörterte seit 1964 eine Arbeitsgruppe des Juristen Zdeněk Mlynář (1930-1997) eine *grundlegende Reform des politischen Systems*. Diese Überlegungen wurden allerdings erst nach der Ablösung A. Novotnys von der neuen Parteiführung unter Alexander Dubček (1921-1992) im Teil II des Aktionsprogramms der KPČ vom 5. April 1968 festgeschrieben. ¹⁴

So beförderten einflussreiche Parteifunktionäre des Novotny-Regimes »die Entfaltung des Reformkommunismus innerhalb der Partei in den sechziger Jahren in viel höherem Maße ... als mancher von denen, die von der Reform später in führende Positionen hochgehoben oder dort belassen wurden«. Unter A. Novotny »entfaltete sich nicht nur in der tschechoslowakischen Gesellschaft, sondern auch innerhalb der Kommunistischen Partei und der politischen Machtstrukturen in vollem Umfang die antistalinistische, reformkommunistische Kritik, die in Moskau von Breshnew und seiner Kamarilla immer mehr in den Hintergrund gedrängt und schließlich durch die fortschreitende Restauration bestimmter Elemente des Stalinismus ersetzt wurde. Dadurch vertieften sich verborgene, für den Außenstehenden nicht wahrnehmbare Widersprüche zwischen Moskau und Prag.« ¹⁵ Ungeachtet des Reformschubs blieb die Entwicklung widersprüchlich. Der 1962 erfolgte Abriss des überkommenen Stalin-Denkmal hinderte A. Novotny nicht, verstärkt Andersdenkende, vor allem Schriftsteller und Journalisten, bis in den Herbst 1967 weiterhin politisch zu verfolgen. Auf die harsche Reaktion der Staatsmacht gegen Studentenproteste wegen unzureichender Studien- und Lebensbedingungen im Oktober 1967 fragten tausende Studenten: »Wir sind Arbeiterkinder, warum hat uns denn die Polizei verprügelt?« Sie forderten, alle Polizisten durch Nummern zu kennzeichnen. Das Prager Gericht fällte im Dezember 1967 das salomonische Urteil, keine Seite habe gegen das Gesetz verstoßen. Die Universitätsleitung möge selbst entscheiden, ob sie gegen ihre Studenten disziplinarisch vorgehe oder nicht.

Seit Herbst 1967 verschärfen sich die Auseinandersetzungen in der Parteiführung auch deshalb, weil A. Novotny eine konsequente

Reformpolitik behinderte. Er verweigerte zudem den Aufbau einer gleichberechtigten Föderation von Tschechen und Slowaken. Infolge seiner Politik gegenüber dem slowakischen Landesteil brachte er die gesamte Führung der slowakischen Kommunisten unter Alexander Dubček (1921-1992)¹⁶ gegen sich auf. Der sowjetischen Parteichef L. Breschnew hatte ebenfalls kein Interesse, A. Novotny zu halten. Denn dieser hatte die Ablösung N. Chruschtschows kritisiert und sich geweigert, in seinem Land sowjetische Truppen zu stationieren. So wurde A. Novotny zunächst als erster Sekretär des Präsidiums des ZK der KPČ am 5. Januar 1968 und durch A. Dubček ersetzt. Im März 1968 löste der parteilose General Ludwik Svoboda (1895-1979) A. Novotny als Staatspräsident ab.¹⁷

Das Aktionsprogramm der KPČ 1968

Bis April 1968 gelangten Vertreter des Reformflügels an alle Schaltstellen der Macht – in die Parteiführung unter Vorsitz von A. Dubček (Oldřich Černík, František Kriegel¹⁸, Čestmír Cisař, Josef Smrkowský¹⁹, Zdeněk Mlynář, Josef Spaček²⁰, Oldřich Voleník, Stefan Zadvovsky, Václav Slavík, Jan Piller, František Barbírek, Bohumil Simon²¹), in die Regierung unter Oldřich Černík²² (Vizepremier O. Šik, Außenminister Jiří Hájek²³, Innenminister Jozef Pavel²⁴) und in den Massenmedien (Jiří Pelikan – Leiter des Fernsehens, Zdeněk Hejzlar – Leiter des Rundfunks, der für die Massenmedien zuständige ZK-Sekretär Č. Cisař). Fünf Arbeitsgruppen einer ZK-Kommission entwarfen ein *Aktionsprogramm zur Transformation der tschechoslowakischen Gesellschaft in Richtung eines demokratischen Sozialismus*. Es wurde am 5. April 1968 beschlossen. Seine praktische Durchsetzung stieß von Anfang an auf den Widerstand der Führungen in Moskau, Berlin, Warschau und Sofia und wurde mehr oder weniger als konterrevolutionärer Anschlag auf den real existierenden Sozialismus denunziert. *Nichts von den folgenden Programmpunkten war konterrevolutionär und antisozialistisch. Sie sprengten allerdings die ideologischen Vorstellungen und die praktische Politik des Staatssozialismus sowjetischen Typs.*²⁵

Erstens betraf das vor allem die Neubestimmung der Kommunistischen Partei in der Gesellschaft. Als Partei der Arbeiterklasse sollte sie Interessenvertreter der fortschrittlichen Teile aller Bevölkerungsschichten sein, ohne die gesellschaftlichen Organisationen in der Nationalen Front zu ersetzen. Die KPČ will nicht mehr wie bisher »Instrument der Diktatur des Proletariats« sein und ihre führende Rolle künftig nicht mehr dadurch verwirklichen, dass sie die Gesellschaft beherrscht, sondern dadurch, »dass sie der freien, fortschrittlichen und sozialistischen Entwicklung am treuesten dient. Sie kann ihre Autorität nicht erzwingen, sondern muss sie immer aufs Neue durch ihre Taten gewinnen. (...) Die Politik der Partei darf nicht dazu führen, dass die Freiheiten durch die Partei eingeschränkt werden, sondern, dass sie vielmehr in der Tätigkeit der Partei die Garantie ihrer Rechte, Freiheiten und Interessen sehen.«

Zweitens sollten das gesamte politische System, die Arbeitsformen und auch die Eingliederung der verschiedenen Organisationen in die Nationale Front grundsätzlich erneuert werden: »Freiwillige gesellschaftliche Organisationen müssen tatsächlich auf freiwilliger

16 Alexander Dubček (1921-1992) lebte bis 1938 im sowjetischen Frunse, wohin sein Vater ausgewandert war. Danach kehrte er mit der Familie in die Tschechoslowakei zurück und wurde 1939 Mitglied der KPČ. 1944 beteiligte er sich am slowakischen Nationalaufstand. Er war 1960-1962 Sekretär des ZK und 1963-1968 Erster Sekretär der KP der Slowakei. 1968/1969 stand er an der Spitze der KPČ und des Reformprozesses. Mit dessen Niederschlagung wurde er politisch entmachtet und aus der Partei ausgeschlossen (1970). Bis zu seiner Pensionierung 1981 war er Arbeiter in Forstverwaltung. Nach seiner Rehabilitation 1989 bis zu seinem tödlichen Verkehrsunfall leitete D. das tschechoslowakische Parlament und wurde Vorsitzender der slowakischen Sozialdemokratie.

17 Ludvik Svoboda (1895-1979) war 1915-1920 Offizier der tschechischen Legion in Russland. 1939-1945 befand er sich in sowjetischer Emigration und wurde 1943 Befehlshaber der tschechoslowakischen Einheiten in der UdSSR. 1945-1950 war er Verteidigungsminister der Tschechoslowakei. 1953-1954 arbeitete er als Buchhalter in einer landwirtschaftlichen Genossenschaft. 1955 wurde S. Befehlshaber der Prager Militärakademie und im März 1968 Staatspräsident (bis 1975).

18 František Kriegel (1908-1979) wirkte seit den 30er Jahren aktiv in der KPČ: 1936-1939 Arzt in den Internationalen Brigaden des spanischen Bürgerkrieges, 1945-1949 Sekretär des Bezirkskomitees Prag,

1949-1952 Stellvertretender Gesundheitsminister, 1966 Mitglied des ZK, 1968 des Präsidiums der KPČ und Vorsitzender der Nationalen Front. Im August 1968 wurde er aller Funktionen enthoben aus der KPČ ausgeschlossen.

19 Jozef Smrkovský (1911-1974) war seit 1931 führender Funktionär der KP und gehörte zu den Organisatoren des Prager Mai-Aufstandes 1945. 1946-1951 gehörte er dem Präsidium der KPČ an. 1951 wurde er verhaftet und zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Nach seiner Entlassung 1955 arbeitete er als Forstarbeiter. 1966 wurde er wieder ZK-Mitglied und gehörte seit 1968 Präsidium des ZK. Während des Prager Frühlings war er Parlamentspräsident. Im Zuge der »Normalisierung« wurde er im September 1969 aus dem ZK und 1970 aus der Partei ausgeschlossen.

20 Jozef Špaček war langjähriger Parteifunktionär, seit 1966 Sekretär des Bezirkskomitees der KPČ in Brno und Mitglied des ZK der KPČ. Im Januar 1968 wurde er in das Parteipräsidium gewählt, aber 1969 aller Funktionen enthoben, 1970 aus der Partei ausgeschlossen und wieder als Arbeiter tätig.

21 Bohumil Šimon (*1920) war 1963-1968 Leiter der der Abteilung Wirtschaftspolitik beim ZK der KPČ, 1968 Leitender Sekretär des Prager Stadtkomitees der KPČ und seit August Mitglied des Präsidiums des ZK der KPČ. 1969 wurde er aller Funktionen enthoben und 1970 aus der Partei ausgeschlossen.

Mitgliedschaft und Aktivität begründet sein. Die Bürger treten ihnen deshalb bei, um ihre Interessen zu äußern und sie haben auch selber das Recht, Funktionäre und Repräsentanten auszuwählen, die ihnen nicht mehr von außen aufgezwungen werden dürfen. (...) Zugleich muss noch in diesem Jahr die verfassungsmäßige Versammlungs- und Koalitionsfreiheit gewährleistet werden, um gesetzlich garantierte Möglichkeiten zu schaffen, freiwillige Organisationen, Interessengemeinschaften, Verbände usw. zu bilden, (...) die keiner bürokratischen Einschränkung durch monopolistische Rechte irgendeiner Organisation unterliegen.«

Drittens bedeutet »Sozialismus nicht nur die Befreiung des arbeitenden Volkes von der Vorherrschaft der ausbeutenden Klassenbeziehungen«, sondern er muss »mehr als jede bürgerliche Demokratie ermöglichen, die Persönlichkeit des Einzelnen voll zur Geltung zu bringen. Einem werktätigen Volk, dem keine Ausbeuterklasse mehr diktiert, kann man nicht durch willkürliche Auslegung der Macht vorschreiben, worüber es informiert sein darf und worüber nicht, welche Ansichten es öffentlich aussprechen darf und welche nicht, wo es seine öffentliche Meinung geltend machen darf und wo nicht. (...) In der Presse muss es möglich sein, andere Ansichten als die offizielle des Staates, der Parteiorgane und der Publizistik zu vertreten. (...) Es ist erforderlich, durch juristische Normen die freie Meinungsäußerung auch von Minderheiteninteressen und -ansichten zu garantieren.«

Viertens müsse künftig die »gesetzmäßige Freizügigkeit der Bürger (...) garantiert werden, besonders Reisen ins Ausland, wobei vor allem gelten soll, dass jeder Bürger Rechtsanspruch auf langfristige oder dauernden Aufenthalt im Ausland hat und dass niemand grundlos als Emigrant betrachtet wird.«

Fünftens wird die »Nationalversammlung als sozialistisches Parlament betrachtet, mit allen Funktionen, die ihm in der demokratischen Republik entstehen.« *Es galt ein Parlament zu schaffen, das über Gesetze und wichtige politische Fragen entscheidet und nicht nur vorgelegte Entwürfe genehmigt.*

Sechstens sollte eine *Teilung und Kontrolle der Macht jedweder Willkür gegen den Bürger ausschließen*: »Die politische Rechtsauffassung der Partei geht von dem Grundsatz aus, dass bei einem Rechtsstreit grundlegende Garantien für Gesetzlichkeit die Gerichtsverhandlung ist, die unabhängig von politischen Faktoren und nur durch das Gesetz gebunden ist. (...) Außerdem muss die völlige Unabhängigkeit der Advokaten von staatlichen Organen gewährleistet werden.« Das schloss die energische Fortführung der Rehabilitierung und Entschädigung der über 130 000 Opfer der stalinistischen Unrechtspolitik ein. Die Organisation, die sich dieser Aufgabe besonders annahm, der neu gegründete Klub 231 (benannt nach dem sogenannten Gesetz 231 über den Schutz des Staates) war keine konterrevolutionäre Organisation, sondern setzte sich für eben diese Aufgabe ein.

Siebtens ging es um die *Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen den staatstragenden Nationen der Tschechen und Slowaken und den wirtschaftlichen Ausgleich in beiden Landes-teilen.*

Die im März 1968 praktisch gewährte Pressefreiheit förderte vor allem die demokratischen *Massenbewegung zur sozialistischen Erneuerung, die mit der von oben gesteuerten Reformpolitik der Partei- und Staatsführung wie nie zuvor in der Geschichte des Landes verschmolz.*

Die Militärintervention des Warschauer Paktes

Die meisten der tschechoslowakischen Reformkommunisten, die von der festen Verbundenheit ihres Landes mit der UdSSR und den anderen osteuropäischen Staaten ausgingen, konnten oder wollten nicht begreifen, dass sich am Wesen der Moskauer Führung unter Breshnew eigentlich wenig geändert hatte. Dem Kreml ging es wie schon unter Chruschtschow im Jahre 1953 oder 1956 in erster Linie um den Erhalt ihres geschaffenen Nachkriegsimperiums und nicht primär um einen Sozialismus mit »menschlichen Antlitz«. Breshnew war 1968 der Ansicht, dass in den nächsten hundert Jahren der Sozialismus im Weltmaßstab nicht weiter voranschreiten werde und dass deshalb das tschechoslowakische Reformprojekt gestoppt werden müsse.²⁶ Der komplexe reformsozialistische Versuch wurde deshalb schon nach acht Wochen durch die in der Nacht zum 21. August 1968 beginnende größte militärische Nachkriegsoperation der Streitkräfte des Warschauer Paktes unter sowjetischer Regie auf europäischem Boden abgebrochen und schließlich bis Ende 1970 ganz und gar rückgängig gemacht.

Ohne Staatspräsidenten L. Svoboda, den Ministerpräsidenten O. Černík, den Ersten Sekretär der KPČ A. Dubček und den Parlamentspräsidenten J. Smrkovský zu informieren, überschritten zunächst 300 000 sowjetische, polnische, ungarische und bulgarische Soldaten (27 Divisionen) mit 7 500 Panzern, 2 000 Schwergeschütze und 1 000 Flugzeugen völkerrechtswidrig die Staatsgrenzen der Tschechoslowakei. Vom Gebiet der DDR und Polens drangen am 20. August ab 22.30 Uhr die in der DDR stationierten Verbände der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), die 1. Gardepanzerarmee und die 20. Gardedee, über die Grenze und erreichten in den frühen Morgenstunden des 21. August 1968 Prag. Zuvor hatten schon sowjetische Fallschirmjäger in einem Piratenakt den Prager Flughafen Ruzyně besetzt und die Landung einer Luftwaffendivision vorbereitet. Nach 12 Stunden war das gesamte Land unter Kontrolle sowjetischer, polnischer, ungarischer und bulgarischer Streitkräfte, die schließlich 800 000 Mann umfassten.²⁷ Im Ergebnis der militärischen Besetzung des Landes verloren 72 Tschechen und Slowaken ihr Leben, 267 wurden schwer und 422 leichtverletzt. In den folgenden Monaten stieg die Zahl der Opfer auf 94 Tote.²⁸ Die Militäraktion war ein internationaler Völkerrechtsbruch und widersprach zutiefst dem marxischen Grundsatz sozialistischer Außenpolitik, »die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen.«²⁹

Die Partei- und Staatsführung der Tschechoslowakei hatte nicht im entferntesten mit einem solchen Aggressionsakt gerechnet.³⁰ Unterstützt von ihren tschechoslowakischen Kollaborateuren (Staatsicherheitsminister Viktor Salgovic, Direktor des Fernmeldewesens

22 Oldřich Černík (*1921): Maschinenschlosser, seit 1949 im Apparat der KPČ, 1954-1956 Vorsitzender des Bezirksnationalausschusses in Ostrava, 1956-1961 Minister, seit 1958 Mitglied des ZK der KPČ, 1963-1968 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, seit 1966 Präsidium des ZK der KPČ, 1968-1970 Ministerpräsident. 1971 wurde er aller Funktionen enthoben und aus der Partei ausgeschlossen.

23 Jiří Hájek (geb. 1913): Als Funktionär der Sozialdemokratie war er 1939-1945 im KZ interniert. Er arbeitete nach dem Krieg als Professor für Geschichte und internationale Beziehungen und leitete 1965-1968 das Ministerium für Schulwesen. Er übernahm 1968 das Außenministerium. Im August 1968 aller Funktionen enthoben und 1970 aus der KPČ ausgeschlossen. 1977/78 war er Sprecher der Charta 77.

24 Jozef Pavel (1908-1973) gehörte der KP seit 1929 an und studierte 1935-1937 an der Lenin-Schule der Komintern in Moskau. 1937-1938 war er Befehlshaber des Dimitroff-Regiments der Internationalen Brigaden in Spanien und wurde 1939-1940 in Frankreich interniert. 1942-1945 gehörte er der tschecho-slowakischen Auslandsarmee in Großbritannien an. 1947-1948 leitete er die Abteilung des ZK für Sicherheit und Verteidigung; Seit 1948 befehligte er die Arbeitermilizen und war 1949-1950 Stellvertreter Innenminister. P. wurde 1951 inhaftiert und zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt (1955 entlassen). In

der reformkommunistischen Regierung war er bis zur Intervention im August 1968 Innenminister. 1970 wurde er aus der KPČ ausgeschlossen.

25 Zitiert nach Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, in: Zd. Mlynár: Nachfrost, S. 325 ff.

26 Vgl. Jan Pauer: Prag 1968, S. 326.

27 Vgl. ebenda, S. 228.

28 Vgl. ebenda, S. 233 f.

29 Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in K. Marx, F. Engels, Werke, Bd.16, Berlin 1973, S. 13.

30 Vgl. Jan Pauer: Prag 1968, S. 225 ff.

31 Vgl. ebenda, S. 283, Anm. 3; A. Dubček: Leben für die Freiheit, S. 265-272.; Zd. Mlynár: Nachfrost, S. 226 ff.; J. Smrkovský: Das unvollendete Gespräch, in: J. Skala (J. Pauer): Die ČSSR. Vom Prager Frühling zur Charta 77, Berlin 1978, S. 129-168.

Karel Hoffmann, die ZK-Sekretären Alois Indra und Vasil Bilak organisierte die Breshnew-Führung den Piratenakt und nahm am 21. August 1968 Verteidigungsminister General M. Dzur in Geiselschaft, verschleppten Parteichef A. Dubček, Ministerpräsident O. Černík, Parlamentspräsident J. Smrkovský, den Vorsitzenden der Nationalen Front F. Kriegel, den Prager Parteisekretär B. Simon und das Mitglied des Parteipräsidiums J. Spaček in die Karpato-Ukraine.³¹ Außenminister J. Hájek oder Vizepremier und Wirtschaftsminister O. Šik befanden sich außerhalb des Landes, andere Reformer wie ZK-Sekretär C. Cisař gingen in den Untergrund.

Der unerwarteten massiven Widerstand der übergroßen Mehrheit der Tschechen und Slowaken und die Standhaftigkeit der noch nicht verhafteten Politiker führten nicht – wie 1956 in Ungarn – zur Bildung einer tschechoslowakischen Marionettenregierung, sondern vorerst zur Freilassung und Wiedereinsetzung der verhafteten Partei- und Staatsführung am 26. August 1968.

Der gewaltfreie Widerstand gegen die Okkupanten

Das Prager Parteikomitee hatte seit Mai 1968 darauf gedrängt, den 14. Parteitag der KPČ so rasch wie möglich einzuberufen. Angesichts der Militärintervention stimmte A. Dubček noch vor seiner Verhaftung am 21. August 1968 dem Vorschlag des Stadtparteisekretärs von Prag, B. Simon, zu, eine Versammlung der Parteitagsdelegierten einzuberufen, nachdem der Putschversuch der von Moskau gesteuerten Reformgegner in der Parteiführung am 20. August 1968 gescheitert war. Bereits in den frühen Morgenstunden des 21. August 1968 wurden die Aufrufe zur Delegiertenversammlung im Rundfunk verbreitet. In den vorangegangenen Wochen waren auf der Ebene der Betriebe und Einrichtungen, der Kreise und Gebiete in den beiden nationalen Landesteilen 1 543 Parteitagsdelegierte für den für September 1968 geplanten Parteitag gewählt worden, darunter 292 Delegierte aus der Slowakei. Als 900 Delegierten (ihre Zahl stieg danach auf 1 290) im größten Prager Betrieb ČKD in Vysocany eingetroffen waren, wurde am 21. August um 10 Uhr der Außerordentliche 14. Parteitag der KPČ eröffnet. Die Delegierten verurteilten die Okkupation. Es stand aber nicht die Frage (wie 12 Jahre zuvor in Ungarn unter I. Nagy), die ČSSR zum neutralen Staat zu erklären. Geforderte wurde vielmehr die Freilassung und Rückkehr der sechs verhafteten Partei- und Staatsfunktionäre in ihre Ämter. Bis dahin wurde ein Zentralkomitee aus 144 Personen gewählt (davon nur 23 ehemalige ZK-Mitglieder) und eine Präsidium aus 28 Personen (darunter alle in sowjetischer Haft befindlichen Parteiführer sowie acht Vertreter der Slowakei mit G. Husák). Das slowakische ZK, erweitert durch die Parteitagsdelegierten, anerkannte die Beschlüsse des 14. Parteitags, obwohl nur ein Viertel der Delegierten nach Prag gelangen konnte. Der sowjetische Stadtkommandant Gretscho hatte zunächst versucht den Slowakischen Parteitag in Bratislava zu verhindern und führende Kommunisten verhafteten lassen. Auf Veranlassung J. Andropows wurden sie bald wieder freigelassen, so dass der Parteitag der slowakischen Partei in der Nacht zum 27. August 1968 beginnen konnte.

Durch diesen Parteitag blieb die Kommunistische Partei trotz der Verhaftung ihrer wichtigsten politischen Führer die Hauptkraft des

Widerstands gegen die Okkupationsmacht. Der Krenml war deshalb außerstande, der Tschechoslowakei eine Marionettenregierung aufzuzwingen, wie er es 12 Jahre zuvor in Ungarn erreicht hatte. Die KPČ wurde unterstützt vom Zentralrat der Gewerkschaften, der in Permanenz tagenden Nationalversammlung, dem Tschechischen und Slowakischen Nationalrat, der Nationalen Front, den Milizen, vor allem den noch arbeitenden 19 Rundfunkstationen und den meisten Zeitungsredaktionen. Die Okkupationsmedien (Vltava, Družba, Zpravy) blieben wirkungslos und die Besatzer verfügten über keinen Kollaborationsapparat. Der Botschaftssekretär von Ostrava konnte zwar der Stahlwerker-Delegation drohen (»Für jeden sowjetischen Soldat tausend Eurer Leute. (...) Uns ist es egal, wenn Ihr nicht begreift, die Besetzung als Realität zu nehmen«³²), aber er war machtlos. Zwar folgten die Menschen am 23. August 1968 dem einstündigen Generalstreik um 12 Uhr mittags. Aber *Produktion, Transportwesen, Versorgung und Kommunikation brachen nicht zusammen und bildeten die Grundlage für den lang andauernden gewaltfreien Widerstand.* Es gelang weder die Mehrheit der Bevölkerung einzuschüchtern, noch fanden sich ausreichend Kollaborateure. Die fremden Truppen waren isoliert und demoralisiert. Die Panzer, Artillerie und Flugzeuge wurden zu »totem Eisen«.

32 Zitiert nach Jan Pauer: Prag 1968, S.278.

Der erzwungene Moskauer Kompromiss – die »Normalisierung«

Der Krenml sah sich nun gezwungen, auf ein Kollaborationsregime zu verzichten und empfing am 23. August 1968 eine Delegation von Politikern unter dem 73jährigen Staatspräsidenten L. Svoboda in Moskau zu Verhandlungen. Dazu kamen dann auch die am 21. August 1968 verhafteten sechs Partei- und Staatsführer. *Der zivile Massenwiderstand als effektive Gegengewalt zur ausländischen Militärmacht ermöglichte überhaupt erst die Moskauer Verhandlungen, verhinderte den sofortigen Sturz der Reformkommunisten um A. Dubček und gab ihnen wieder Handlungsmöglichkeiten und zeitweiligen politischen Spielraum.* In den nun offiziellen Verhandlungen gelang es der sowjetischen Führung allerdings, die tschechoslowakische Delegation untereinander aufzuspalten und zwang sie schließlich am 26. August 1968 zur Unterschrift des Moskauer Protokolls³³, welches geheimgehalten wurde. Die wieder freigelassene Partei- und Staatsführung musste sich verpflichten,

33 Aus dem Dokument zitiert nach ebenda, S. 329 ff.

- den »sogenannten 14. Parteitag der KPČ« für ungültig zu erklären und erst nach einer »Normalisierung« einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen,
- im sowjetischen Sinne die führende Rolle der Partei in der Gesellschaft zu stärken und die Massenmedien zu kontrollieren,
- die in der Massenbewegung entstandenen neuen demokratischen Organisationen aufzulösen,
- den Antrag zur Behandlung der sogenannten Tschechoslowakischen Frage vor dem UN-Sicherheitsrat zurückzuziehen und sich »kategorisch gegen eine erneute Behandlung dieser Frage« zu verwahren,
- die prosovjetschen Kollaborateure in ihren Funktionen zu lassen und
- nach Moskauer Wünschen Reformkommunisten aus den wichtigsten Schaltstellen der Macht zu entfernen.

Moskau stellte in »Aussicht«, dass die »zeitweilig in der Tschechoslowakei dislozierten Truppen der fünf sozialistischen Staaten« sich in die inneren Angelegenheiten nicht einmischen und »etappenweise zurückgezogen« werden.

Aber erst im Herbst 1969 gelang es, das Land im Sinne der Wiederherstellung des Staatssozialismus nach sowjetischen Muster zu restaurieren. In dem unter Regie von Gustáv Husák³⁴ einsetzenden sogenannten Normalisierungsprozess wurde das reformkommunistische Potential weitgehend zerstört. Bis 1970 wurde die KPČ durch den Ausschluss von 387 000 Kommunisten (22 Prozent) »gesäubert«. Ein Drittel der Armee- und Polizei-offiziere, 40 Prozent der Journalisten, 9 000 Hochschullehrer, 40 Prozent aller Manager verloren ihre berufliche Existenz und ihren Einfluss in der Gesellschaft. Dadurch war ein neuerlicher reformkommunistischer Versuch zwei Jahrzehnte später chancenlos.

Warum blieb die wahrscheinlich letzte Chance einer Erneuerung des Sozialismus ergebnislos? Sie scheiterte an der völkerrechtswidrigen Einmischung der UdSSR in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei. Die Moskauer »kollektive Führung« konnte so handeln, weil sie sich schon am 18. Juni 1968 bei US-Präsident L. Johnson abgesichert hatte.³⁵ Die nordamerikanische Supermacht, die zu dieser Zeit mit einer halben Million Besatzungssoldaten in Südvietnam stand und durch die Tet-Offensive seit Januar 1968 und innere Unruhen im eigenen Land andere Sorgen hatte, akzeptierte damals den Status quo in Europa. *Washington konnte auch kein Interesse daran haben, dass sich in der Tschechoslowakei ein stabiler demokratischer und ökonomisch effizienter Sozialismus durchsetzt, der möglicherweise auf die westeuropäische Einflussosphäre der USA auswirkt und die sich gerade entfaltende linke Bewegung dort stärkt, sich mit ihr solidarisiert.* L. B. Johnson bemäntelte öffentlich die faktische Schützenhilfe für Moskau heuchlerisch: »Wir konnten wenig anderes tun als beobachten und uns Sorgen machen.«³⁶

Überhaupt war der Westen als vermeintlicher Fackelträger von Freiheit und Demokratie mit dem revolutionären Aufbruch von Studenten und Arbeitern zwischen Westberlin, Paris und Rom mit ausreichend eigenen Konflikten konfrontiert. Ähnlich war deshalb auch die Reaktion der Bundesrepublik Deutschland. Der Kommandierende des II. Armeekorps der Bundeswehr K.-W. Thilo ordnete zunächst Erhöhung der Gefechtsbereitschaft an. Der nazibelastete Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger gestand ein, sein Land sei nicht unmittelbar durch die Ereignisse bedroht. Der Außenminister der Bonner Großen Koalition W. Brand gab die politische Linie vor: »Das Beste, was wir für Prag jetzt tun können, ist nichts zu tun.«³⁷ Frankreich enthielt sich jeder Kritik und drohte mit keinerlei Sanktionen. Die Militärs der NATO bescheinigten den sowjetischen Militärs im Nachhinein »eine erstklassige militärische Vorbereitung und Ausführung«³⁸ der Operation »Donau« im August 1968 gegen einen souveränen sozialistischen Staat. Der Oberbefehlshaber der 7. US-Armee in der Bundesrepublik General J. Polk lobte Mut und Geschick des »Klassenfeindes«, der immerhin dafür Sorge trug, »dass die Unterwerfung der Tschechoslowakei in Grenzen blieb und nicht auf Westdeutschland und Österreich übergriff.«³⁹

34 Gustáv Husák (1913-1991) wurde 1933 Mitglied der KP. Während des Zweiten Weltkrieges war er in der illegalen Führung der slowakischen KP tätig und einer der Organisatoren des Slowakischen Nationalaufstandes 1944. 1951 wurde verhaftet und 1954 als »slowakischer Nationalist« zu lebenslangem Kerker verurteilt. 1960 kam er aus der Haft frei. Nach seiner Rehabilitierung 1963 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften in Bratislava. 1968 wurde er stellvertretender Ministerpräsident und Erster Sekretär der KP der Slowakei, nach dem Sturz Dubčeks im April 1969 Generalsekretär des ZK der KPČ (bis 1987) und seit 1975 Staatspräsident (bis 1989).

35 Vgl. Jan Pauer: Prag 1968, S. 222 ff.

36 L. B. Johnson: Meine Jahre im Weißen Haus, München/Wien/Zürich 1972, S. 384.

37 Zitiert nach Der Spiegel vom 5. 8. 1968, S. 24.

38 Wilhelm Meyer-Detring: Die Rote Armee am Bayerischen Wald, in: Wehrkunde 11/1968, S. 550.

39 James H. Polk: Reflections on the Czechoslovakian Invasion 1968, in: Strategic Review, 5/77, S. 30 f.

Welche Rolle spielte die DDR?

Die führenden Politiker der DDR unter W. Ulbricht und die NVA unterstützten die Invasion »Donau«. Entgegen der ursprünglichen Planung marschierten die 16 000 NVA-Soldaten (mit 1 042 Panzern und Schützenpanzern, 72 Kanonen und über 2 300 Kraftfahrzeugen) nicht wie geplant in das Nachbarland in Richtung Nord- und Westböhmen (Litoměřice-Dubá-Mimoň-Děčín bzw. Bečov-Plzeň-Žlutice-Rokycany)⁴⁰ ein, sie errichteten auch in Nordböhmens nicht die vorgesehenen ostdeutschen Kommandanturen⁴¹, sondern blieben in ihren Konzentrations- und Entfaltungsräumen. Der Oberkommandierende der »Prager Operation« Marschall Jakubowski teilte am 31. August 1968 Generaloberst Keßler mit, dass es »in Abhängigkeit von der Entwicklung der politischen Lage« nach wie vor möglich ist, die befohlene Gefechtsbereitschaft voll einzuhalten. Er verwies auf die Möglichkeit, »dass die 11. Mot.-Schützen-Division wie bereits vorgesehen in Richtung Karlovy Vary und die 7. Panzerdivision in Richtung Decin-Prag eingesetzt werden kann.«⁴²

Militärisch spielte die DDR also faktisch keine Rolle. Politisch und ideologisch blieb die SED bei ihrem entschiedenen Kampf gegen jegliche Demokratisierung dieses Sozialismus, noch bis über die Perestroika hinaus.

40 Vgl. Rüdiger Wenzke: Die NVA und der Prager Frühling, Berlin 1995.

41 Vgl. ebenda S.136 ff.

42 Zitiert nach ebenda, S. 148.

Literatur

- Jiří Pelikán (Hrsg.): Panzer überrollen den Parteitag. Protokolle und Dokumente des 14. Parteitages der KPČsch am 23. August 1968, Wien/Frankfurt/Zürich 1969.
- Hanswilhelm Haefs (Hrsg.): Die Ereignisse in der Tschechoslowakei vom 27. Juni 1967 bis zum 18.10.1968. Ein Dokumentarischer Bericht, Bonn/Wien/Zürich 1968.
- Reden zum IV. Kongress des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes Prag Juni 1967, Frankfurt/M. 1968.
- Josef Škvorecký (Hrsg.): Nachrichten aus der ČSSR. Dokumentation der Wochenzeitung »Literární Listy« des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes Prag. Februar-August 1968, Frankfurt/M. 1968.
- Zdeněk Mlýnár: Nachtfrost. Erfahrungen auf dem Weg vom realen zum menschlichen Sozialismus, Frankfurt/M. 1978.
- Ota Šik: Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967.
- Ders.: Prager Frühlingserwachen. Erinnerungen, Herford 1988.
- Zdeněk Hejzlar: Reformkommunismus. Zur Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Köln, Frankfurt/M. 1978.
- Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1971.
- Peter Uhl: Die Herausforderung. Eine sozialistische Alternative zur »Normalisierung« in der ČSSR, Frankfurt/M. 1981.
- Alexander Dubček: Leben für die Freiheit, München 1993.
- Jan Pauer: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe – Planung – Durchführung, Bremen 1995.
- Stefan Bollinger: Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968. Hoffnung ohne Chance, Berlin 1995.
- K.-H. Gräfe u. a.: Das Jahr 68. Weichenstellung oder Betriebsunfall? Zwischen Prager Frühling und Pariser Mai, Dresden 1998.